

Gewalttäter bleiben hinter Gittern

Köln
Rundschau
27.8.10

Koalition einig über Reform der Sicherungsverwahrung

BERLIN. Schon Mitte September wollen die Koalitionsparteien dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Reform der Sicherungsverwahrung vorlegen. Das gaben Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) bekannt, nachdem sie sich zuvor überraschend auf einen Kompromiss verständigt hatten. Die Neuordnung war nach einem Urteil des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofes notwendig geworden.

Der Innenminister betonte, geplant sei eine „völlig neue Form“ der Unterbringung psychisch gestörter Gewaltverbrecher. So solle garantiert werden, dass Menschen, die

beispielsweise wegen schwerwiegender Sexualdelikte ihre Strafe verbüßen würden, weiter nicht in Freiheit kämen. Dies gelte für alle Fälle, in denen die Gutachter eine weitere Bedrohung der Bevölkerung nicht ausschließen können. In diesen geschlossenen Einrichtungen sollen die gestörten Gewalttäter durch Therapien auf ihre Freilassung vorbereitet werden. Dafür sind jedoch die Bundesländer zuständig, auf die erhebliche Mehrkosten zukommen dürften. Die Justizministerin betonte, dass der Bund grundsätzlich an der Option elektronischer Fußfesseln zur Überwachung freigelassener früherer Gewalttäter festhalte.

(tw) **Kommentar Seite 2**